

Interview Dahlemann: „Ich bin beeindruckt vom Engagement in Barth“

Der Parlamentarische Staatssekretär für Vorpommern traf Mitglieder des Barther Heimatvereins und lobte die ehrenamtliche Arbeit in der Stadt. Die OZ sprach mit ihm über Themen, die die Region bewegen.



Der Parlamentarische Staatssekretär für Vorpommern, Patrick Dahlemann (Mitte) traf Mitglieder des Barther Heimatvereins und die Vorsitzende des Vereins "Die Klette", Christine Szymkowiak (l.). Ebenfalls bei Treffen dabei waren Christian Peplow (6. v.l., Leiter der Geschäftsstelle Vorpommern des Heimatverbandes MV) und Thomas Würdisch (3. v.r., Büroleiter in Stralsund von Sonja Steffen MdB).

Zum Auftakt seiner zweiwöchigen Sommertour durch die Region machte der Parlamentarische Staatssekretär für Vorpommern, Patrick Dahlemann, am Montag Halt in Barth. Nach einem Besuch des Bibelzentrums traf er in der Clubgaststätte Vientablick bei Moppi Mitglieder des Barther Heimatvereins. Der SPD-Politiker, der als Schirmherr des Barther Kinderfest die Veranstaltung in diesem Jahr besucht hatte, lobte das Engagement der Ehrenamtlichen. „Mit dem Kinderfest hat Barth etwas Unverwechselbares“, erklärte Patrick Dahlemann. „Ich bin sehr beeindruckt vom Engagement hier in Barth. Die Verantwortungsträger der Stadt, Einrichtungen wie das Bibelzentrum und ehrenamtlich Engagierte wie die Mitglieder des Heimatvereins sorgen dafür, dass es jede Menge Leben in der Stadt gibt.“ Mit ihrem Anliegen – der Sanierung der Freilichtbühne und der Barther Anlagen – stießen die Mitglieder des Heimatvereins auf offenen Ohren. Die OZ sprach mit ihm über die Darßbahn, die Gespräche mit der Gemeinde Pruchten, die gegen die Wiederbelebung der Strecke geklagt hatte, die Zukunft der Wasserburg Divitz und den geplanten Windpark vor dem Darß.

Bei einem Treffen zur Zukunft der Darßbahn Ende März in Barth hatten Sie gesagt, dass es Ende des ersten Halbjahres eine klare Entscheidung des Landes geben soll? Die ist bislang allerdings ausgeblieben. Warum?

Das ist eine sehr komplexe Verhandlung, muss man dazu sagen. Es gibt Bekenntnis von Land und Bund, sich einigen zu wollen, und jetzt geht um die Details. Wir reden immerhin über einen sehr großen Millionenbetrag. Da ist es auch wichtig, sich in den letzten Nuancen zu einigen. Die Gerichtsentscheidung war für uns schon wichtig. Die wurde zwischendurch ja auch vertagt, bis es dann zu einem Urteilsspruch kam. Und auch der Termin in der Gemeinde Pruchten war ein sehr wichtiger Ansatz. Ich bin sehr froh darüber, dass wir eine ganz konstruktive Gesprächsatmosphäre hatten. Ich kann auch Punkte der Pruchtener wirklich nachvollziehen. Da müssen wir uns auch noch einmal im Detail angucken, wie man auf die Gemeinde Pruchten zugehen kann, damit man es insgesamt schafft, dass alle Beteiligten Fürsprecher dieses Projekts sind.

Was gibt es denn für Wege, um die Gemeinde Pruchten, die sich ganz klar gegen die Darßbahn ausgesprochen hat, mit ins Boot zu holen?

Ich würde sagen, Pruchten sagt, dass sie unter den aktuellen Rahmenbedingungen, wie es geplant ist, die Darßbahn nicht wollen. Dann müssen wir uns doch angucken, wo kann man denn vielleicht noch auf Veränderungen einwirken, wo kann man auf finanzielle Herausforderungen eingehen, wie kann man die

Thematik Haltestellen noch mal neu diskutieren, um überhaupt einen Gesprächsfaden aufzubauen. In dem Moment, wo man miteinander im Dialog ist, ist es doch viel leichter zu einem Weg zu kommen, der am Ende auch gut umsetzbar für beide Seiten ist. Diese Gesamtinformation werden wir mit dem Verkehrsministerium und auch mit dem Minister aus und dann wird es noch einmal einen nächsten Gesprächstermin dazu geben. **Die Gemeinde Pruchten bemängelt neben den Kosten für die Bahnübergänge vor allem, dass es kein Verkehrskonzept gibt. Die Pruchtener befürchten lange Staus, wenn die Darßbahn kommt. Können Sie das nachvollziehen?**

Ich möchte einmal zwei ganz konkrete Beispiele herauspicken, zum einen die Frage der Haltestellen. Das ist etwas, wo ich die Ansicht der Pruchtener gut nachvollziehen kann und zum anderen auch die Frage der Abbiegespur von der Bundesstraße. Wenn der Bahnübergang tatsächlich zu ist, man keine Abbiegespur hat und bis auf die Bundesstraße steht, ist ein Stau vorprogrammiert, deswegen auch der Wunsch einer Abbiegespur. Ich bin kein Verkehrsexperte, aber ich weiß, dass das, was ich mir vor Ort angeschaut habe, von den Pruchtenern sehr plausibel vorgetragen wird und jetzt geht es in den Gesprächen darum, das auch umsetzen zu können und in solchen Punkten auch entgegenzukommen. Also keine Wunschvorstellungen, die unlösbar sind, sondern sehr berechnete Punkte und dazu sind wir jetzt auch im Dialog. Schlimm war die Zeit, wo man nicht miteinander gesprochen hat.

Die Gemeinde Divitz-Spoldershagen hat beschlossen, die Trägerschaft für das Projekt „Wasserburg Divitz und Park“ zu übernehmen. Kann so eine kleine Gemeinde so ein Projekt überhaupt stemmen?

Wir erkennen das riesig große Potenzial an Divitz, aber auch an der Frage des Parks drumherum. Sonja Steffen hat mit großartiger Unterstützung viel Geld, eine Unterstützung des Bundes, herangeholt und jetzt geht es um die Frage, wie kann man es technisch machen. Dass es da auch gewisse Hilfe braucht, wenn sich eine Gemeinde bereit erklärt, diesen Weg zu gehen, ist klar. Da muss man auch Lösungen finden, wie man diese Hilfe gewähren kann. Wichtig ist aber auch, dass wir jetzt endlich anfangen und ähnlich wie in Ludwigsburg wir dann damit auch in Divitz und hier oben auch mit der Granitz drei ganz hervorragende Einrichtungen haben. Die Vierte die man in diesem Zusammenhang sicherlich nennen kann, ist das Schloss Griebenow. Die ja bewiesen haben, dass man es in einer Vereinsregie in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Kommune auch gut hinkriegt und deswegen bin ich sehr zuversichtlich in der Frage.

Die Gemeinden haben gegen den Bau des Genacker Windparks vor dem Darß geklagt, allerdings verloren. Wie stehen Sie zu dem Thema?

Ich kann grundsätzlich sagen, dass wir für den Ausbau der Windenergie mit Maß und Mitte sind. Wir brauchen auch einen genügenden Abstand zur Wohnbebauung, aber insgesamt muss man eben auch zur Kenntnis nehmen, dass unsere Natur, dieser Schatz, diese Ressourcen, die wir haben auch nur erhaltbar ist, wenn wir einen gesunden Beitrag zur Energiewende leisten. Das tut Mecklenburg-Vorpommern und ich vertrete diese Meinung im ganzen Land auch gegenüber Bürgerinitiativen. Denn was nicht geht, ist: 'Ja, wir wollen die Energiewende, aber nicht vor unserer Haustür.' Ich glaube, dass viele Befürchtungen gerade auch im Offshore-Bereich, auch auf der Insel Rügen, am Ende so nicht eingetroffen sind, wie man sie ursprünglich mal befürchtet hatte. Denn die tatsächlich wahrnehmbare Schwelle mit dem Auge ist ja dann doch eher begrenzt. Das ist ein Kurs, den wir als Landesregierung auch so halten. Offshore ist für uns eine leichter vorstellbare Lösung als Onshore an allen Stellen. Deswegen muss man dabei die Sorgen der Menschen im Blick behalten und muss auch zur Kenntnis nehmen, dass es nicht überall geht. In diesem konkreten Fall haben wir eine Entscheidung und die wird sicherlich auch weiterhin noch zu Diskussionen führen, aber am Ende muss man dabei auch den Gesamtkomplex betrachten.

Anika Wenning